

ausreißer

Die Grazer Wandzeitung

2018



ISSN 2518-3363 // Graphik: Kai Pohl / Hintergrundfoto: Erik Eastman on Unsplash

Ausgabe #83

TEXT

Evelyn Schalk

ein risse

seinen gegenüber ansehen
mit der unbekanntem sprechen
schmerz fühlen, der dem anderen wehtut
tränen mit der fremden weinen
sich sorgen um den unvertrauten machen
dir in die augen sehen
meinen blick öffnen
für die da sein, die weit weg ist
mit dem leiden, den du nicht kennst
die nicht vergessen, die gegangen wurde
für den eintreten, der sich nicht wehren kann
den der anders aussieht, in die arme nehmen
dich beschützen, die ich nicht kenne
mit euch in einer reihe stehen, die wir zum ersten
mal sehen
wach liegen mit denen, die keinen schlaf finden
jenen ein dach bauen, deren eigenes in trümmern
liegt
das haus aufmachen für die, die nicht mal zimmer
haben
fingerspitzen über den tisch berühren von einem,
der gestern noch nicht da war
die stimme erheben für all jene, die alle
verschweigen
die abschottung nicht zulassen vor denen, die
offenheit bitter benötigen
sich schützend vor jene stellen, der niemand
sicherheit gibt
und stehen bleiben, wenn der eigene panzer risse
bekommt
damit er risse bekommt
endlich.

TEXT

Ines Aftenberger

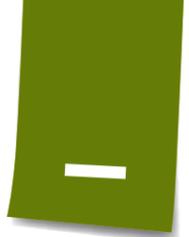
abschiebung

Ihr Name ist Teil unserer Erfolgsbilanz
ihr Flehen um Hilfe es verhallt wohlgehört
ihr Leben wird zerstört vor Millionen Zeugen
ihr Traum Kind zu sein ist nur eines: illegal.

Es sind stets andere Verbrechen die geschehn
und die Täter erhalten neue Profile.
Doch die Blicke der Zusehenden bleiben gleich
und ihre Entschuldigungen sind dieselben.

Weil hässliche Bilder nun einmal nötig sind
und es zum Nutzen der Volksgemeinschaft geschieht
oder: im allgemeinen Interesse liegt.
Weil alles ordnungsgemäß entschieden wurde
und es uns nicht zusteht die Pflicht zu verraten
oder: Gesetz und Befehl zu hinterfragen.

Die Erkenntnis was sie zuließen
ist eine historische
und kommt zu spät um das Leben
eines Kindes zu retten.



keiner hilft keinem*

TEXT
Eva Ursprung,
Joachim Hainzl

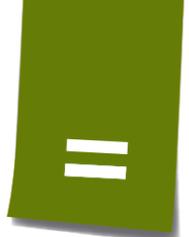
Anfang der 1980er Jahre entstanden in Graz zwei Gruppierungen von Künstler*innen, wie sie unterschiedlicher kaum sein könnten: mit Eva & Co die erste feministische Kulturzeitschrift Europas, eine Gruppe angetreten zur Solidarisierung von Frauen über die Kunst - und auf der anderen Seite ein Männerbund, die Lord Jim Loge mit dem Motto „Keiner hilft keinem“. Es kursiert das Gerücht, dass das Eine der Auslöser des Anderen gewesen sei, die Runde der damals im Forum Stadtpark situierten Künstler einen männlichen Counterpart zu den Bemühungen der Künstlerinnen setzen wollten. So entstand später auch deren Zeitschrift „Sonne Busen Hammer“. Das entsprechende Logo war bereits vor dieser Publikation vorhanden, und jedes Mitglied wurde angehalten, dieses Symbol und den Schriftzug „Keiner hilft Keinem“ in seinen Werken zu verwenden. Erklärtes Ziel war, das Signet bekannter zu machen als jenes von Coca Cola. Die Lord Jim Loge verstand sich als ein „Männerbund des genuinen Widerstands gegen Denk- und Verhaltensschablonen“.

* Anfang Dezember 2005 verkaufte Jörg Schlick der Wiener Künstlergruppe monochrom alle Marken- und Nutzungsrechte der Lord Jim Loge, einschließlich Wort-Marke „Lord Jim Loge“, die Wort-Bild-Marke „Sonne Busen Hammer“ sowie die Wort-Marke „Keiner hilft Keinem“.

Die Zeit der Hippies, der Befreiungsbewegungen vom kleinbürgerlichen Mief waren irgendwie erledigt, der aktuelle Krieg war kalt und kein Anlass, dagegen auf die Straße zu gehen, die offizielle gesellschaftliche Übereinkunft war eher auf der Seite sozialer Gerechtigkeit, Gleichstellung von Männern und Frauen, starker Gewerkschaften... Offiziell galt das Gutmenschentum als opportun.

Kunst als Einmischung in die Gesellschaft, als Protest, war 1968. Da gab es schon mal „Kunst und Revolution“ - die in den Boulevardmedien als „Uni-Ferkelei“ kolportierte Aktion von Günter Brus, VALIE EXPORT, Otto Mühl, Peter Weibel, Oswald Wiener und anderen Aktionist*innen. In den 1970ern schritten die gesellschaftlichen Entwicklungen rasant voran. Ein Wissenschaftsministerium wurde installiert, mit der ersten sozialdemokratischen Ministerin, und bald gab es auch eine Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten. Die Hochschulen wurden mit der Abschaffung der Studiengebühren 1972 geöffnet, die Mitbestimmung der Studierenden bei universitären Entscheidungen wurde gesetzlich verankert. KünstlerInnen engagierten sich auch weiterhin politisch, so spielten sie etwa eine tragende Rolle bei den Protesten gegen das Atomkraftwerk in Zwentendorf und jenen gegen die Zerstörung der Hainburger Au. Die Solidarisierung mit sozialen Bewegungen erfolgte trotz der Tatsache, dass sie damit die Hand bissen, die sie fütterte - war doch auch die Vergabe der Fördergelder in Händen der Partei, gegen deren Politik protestiert wurde. Beide Seiten hielten das aus.

Nun, in den 1980er Jahren, musste etwas Neues her. Die Coolness der New Wave, der kühle Intellekt,



elektronische Musik, Kraftwerk und dadaistisch-nihilistische Texte à la DAF oder Foyer des Artes waren angesagt. Auf den anderen Seiten Punk und HipHop mit deutlich aggressiveren Botschaften als „Let's give peace a chance“. Die Kunst gab sich distanziert und ironisch.

In diesem Kontext hat es eine gewisse Logik, dass sich ein Männerbund mit einem solchen Motto formierte. Eine Provokation der Werte einer neu entstandenen gesellschaftlichen Übereinkunft der Gleichstellung und Solidarität, aber wohl auch eine in Frage Stellung von heuchlerischen Fassaden. Denn das alte Gedankengut war ja nicht verschwunden, es meldete sich nur nicht mehr so offen zu Wort. Und wie wir jetzt merken, ist das Motto „Keiner hilft Keinem“ inzwischen auf dem Siegeszug rund um die Welt. Lord Jim, nach einer Figur von Joseph Conrad der ewige Verlierer, ist auf der Seite der Gewinner gelandet. Die Wiener Künstlergruppe monochrom, die die Rechte für die Marke „Lord Jim Loge“ 2005 erworben hat, könnte den Slogan nun gut zu Geld machen und mit diesen Einnahmen in einer erneuten ironischen Umkehr denen helfen, die bei der derzeitigen kulturpolitischen Haltung Gefahr laufen, unter die Räder zu kommen: Projekte, die der Zusammenarbeit und Solidarisierung dienen, die Netzwerke und Vernetzungen einer sozialen Plastik bauen. Alternative Medien wie es damals Eva & Co und „Sonne Busen Hammer“ waren, und deren zeitgenössische Äquivalente man durchaus in Projekten wie den ausreißer, Radio Helsinki oder mur.at finden könnte. Mit dem Abbau partizipativer, in Frage stellender, kritischer, provokanter, gemeinschaftsbildender und in die Gesellschaft hinein wirkender Kunst wird der Weg zurück in eine Zeit geebnet, die schon längst überwunden schien.

Vom Helfen aus Eigennutz

Schauplatzwechsel. Teheran, August 2018. Ich denke über den Begriff der „Solidarität“ nach, als ich mir vor einigen Tagen die Nachrichten aus Österreich reinziehe, um upgedated zu bleiben über die sich so rapide verdunkelnde Weltpolitik. Unter dem Titel „Österreich hat mit Griechenland-Hilfe fast 100 Millio-

nen verdient“ wird berichtet, dass der Rettungsschirm für Griechenland ein gutes Geschäft für die Schirmverkäufer gewesen ist. Und ich denke zurück, wie gehässig man vor einigen Jahren auf die griechische Wirtschaftskrise reagiert und plakativ über die faulen Griechen und Griechinnen gelästert hatte. Auch erinnere ich mich, wie ich bei einer linken Demo in Berlin zahlreiche Slogans las, welche die harte Haltung der deutschen Bundeskanzlerin Merkel gegenüber Griechenland kritisierten. Das war nur wenige Monate bevor die selbe Politikerin sich anscheinend in die Heilige der Flüchtlinge verwandelte. Solidarität als ein Akt der selbstlosen Nächstenliebe scheint in der Politik wohl eher selten vorzukommen. Dasselbe gilt für den bis heute in Österreich so verehrten „Marshall-Plan“ der USA im Nachkriegseuropa. Neben dem Ziel, dem Kommunismus einen Riegel vorzuschieben, galt es, die Überproduktion der auf Kriegswirtschaft eingestellten US-Betriebe durch die Schaffung neuer Absatzmärkte abzubauen. Das Beispiel der Zigarettenindustrie zeigt, wie erfolgreich dieser Plan aufgegangen ist. Denn in rund einem Jahrzehnt hatte man den RaucherInnengeschmack von „Orientzigaretten“ umgedreht in ein Favorisieren des „American Blend“.

Hoffnungslosigkeit, Aussichtslosigkeit

Nach dem Austritt der USA aus dem in Wien unterzeichneten Internationalen Atomabkommen fordert die Islamische Republik Iran nun ein solidarisches Handeln der Europäischen Union ein, mit dem diese die iranische Wirtschaft unter anderem durch den Import iranischer Waren stützen soll. Mitte August 2018 hat die EU ein „Hilfspaket“ im Umfang von 50 Millionen Euro beschlossen. Das heißt, der gesamten Europäischen Union scheint die Sicherung des Fortbestandes des Atomabkommens derzeit gerade mal die Hälfte dessen wert zu sein, was das kleine Österreich an der „Hilfe“ für Griechenland verdient hat. Und es ist ein Klacks gegenüber den Euro-milliarden, welche die EU der Türkei versprochen hat, damit diese für sie die Mauer macht gegen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten. Aber seien wir doch ehrlich. Neben dem Atomabkommen ging es den europäischen Staaten ebenso wie jenen steirischen Wirtschaftsdelegationen, welche vor wenigen





Jahren öffentlichkeitswirksam den Iran besuchten ähnlich wie beim Marshall-Plan, hauptsächlich um den Eigennutz neuer Geschäfte. Da war es dann schon fast belustigend zu sehen, wie sich damit einhergehend das medial transportierte Bild des Irans um 180 Grad wandelte.

Der Druck von US-Präsident Trumps funktioniert. Nicht nur verlassen fast alle ausländischen Firmen den „Hoffnungsmarkt“, auch zeigen sich Staaten wie Afghanistan, Irak oder Dschibuti, in welchen der Iran in den letzten Jahren aus strategischen Gründen u.a. Infrastrukturprojekte finanziert hatte, „unsolidarisch“ und tragen die neuen US-Sanktionen mit. Sogar afghanische ArbeiterInnen wägen derzeit anscheinend ab, ob ihre Einkünfte aus schlechtbezahlter harter Arbeit im Iran sich noch lohnen, wenn man sie mit den Visagebühren gegenrechnet.

Die aktuelle Stimmung hier im Iran ist daher bei allen Leuten, mit denen ich spreche, nur mehr pessimistisch und hoffnungslos. Kein Wunder. Vor rund einem halben Jahr bekam man für einen Euro rund 4.500 Tomen, im Mai 2018 dann schon fast 7.000 Tomen und jetzt, gegen Ende August, sind es über 12.000 Tomen. Die Auswirkungen dieses Währungsverfalls spürt jede/r IranerIn an den Verteuerungen der Lebensmittel, deren Preise sich in den letzten Wochen rund um das Inkrafttreten der ersten US-Sanktionen

bis zu verdreifacht haben. Das gilt auch für alle Importprodukte (vom Stahl für den Hausbau bis zur externen Festplatte) sowie Inlandsflüge oder andere Dienstleistungen. Aber ebenso gravierend sind die Auswirkungen bei den gestoppten Importen von Gütern, die entweder aufgrund der Sanktionen nicht mehr verfügbar oder aufgrund des Verfalls der iranischen Währung kaum oder gar nicht mehr leistbar sind. Ich spüre das gerade bei den Vorbereitungen meiner Ausstellung, die in einigen Monaten in Teheran eröffnet werden soll. Bei den eingeholten Preisen für den Druck von Fotos wird immer dazugesagt: „...falls wir dann noch das Papier dafür haben.“ Und bei den goldenen Bilderrahmen, deren Muster ich mir gestern angesehen habe, meinte man nur achselzuckend, dass diese nicht mehr verfügbar seien, da Importware. Meine Versorgungsschwierigkeiten sind jedoch ein Klacks gegen die tatsächlich lebensbedrohenden Probleme vieler IranerInnen. So waren schon bei den letzten Sanktionen viele Medikamente nicht mehr verfügbar oder leibar. Die Menschen hier leben in einer Art Schockstarre bzw. Stand-by-Modus, viele denken ans Auswandern. Aber wohin, wenn niemand seinen Reichtum mit einem teilen möchte (außer er verdient daran auch noch)?

Solidarität, so mein Eindruck, ist ein schöner Begriff, der in der Praxis aber wohl nur sehr selten tatsächlich gelebt wurde und wird.



Foto:
Saneej Kallingal
on Unsplash





die goldene abwasch

TEXT
Alexander Sailer



**So|li|da|ri|tät; [zolidari'tɛ:t]
unbedingtes Zusammenhalten
mit jemandem aufgrund gleicher
Anschauungen und Ziele (besonders
in der Arbeiterbewegung) auf das
Zusammengehörigkeitsgefühl und
das Eintreten füreinander sich
gründende Unterstützung...**

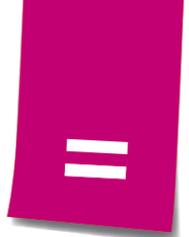
...sagt der Duden. Ich sehe heute vor allem Zusammenhalt mit sich selbst. Egoismus, könnte mensch sagen. Personliche Optimierung sagt die neoliberale Doktrin. Jede_r ist sich selbst der/die Nächste, dann erst kommt alles andere und alle anderen. Einige wichtige Faktoren gehen mir dabei ab. Unser Umfeld, die Mensch mit denen wir uns umgeben, mit denen wir Kontakt haben, Angehörige, sie bestimmen unser Glück mit.

Das ganze Karussell von Selbst-Coaching, Work-Life-Balance, Selbstoptimierung, schlicht das nackte Streben nach Glück per Definition; all diese Versprechen nach der absoluten Zufriedenheit nehmen uns die Chance, uns ernsthaft mit unserer Umgebung auseinanderzusetzen. Es ist der ewiger Kanon einer Ellbogen-Taktik, des Sich-Durchsetzens, der uns in die Knie zwingt und uns an uns

selbst scheitern lässt. Auf der Strecke zu einem unerreichbaren Ziel verausgaben wir uns bis an das Ende unserer Ressourcen. Dabei reden wir uns selbst ein, dass wir unseren Lieben damit ja nur helfen wollen. Aus Angst, aus einem sich selbst potenzierenden System zu fallen, versuchen wir ständig den Spagat zwischen mir und dir. Natürlich steht vordergründig die Illusion eines Gemeinsamen, dennoch bleibt am Ende nur das Ich übrig.

Ich trete für mich ein. Ich trete für meine Lieben ein. Ich trete für meine Freunde ein, weil wir gemeinsame Interessen und Ansichten haben. Warum sollte ich also für eine Minderheit eintreten; für jemanden, der/die keinen direkten Kontakt mit mir hat, der/die in meiner Lebenswelt nicht vorkommt? Wahrscheinlich deshalb nicht, weil mir das im Weg steht, mich in meiner Entwicklung bremst. Oder vielleicht auch, weil ich mir nicht eingestehen kann oder will, dass ich an sich mit jedem Menschen etwas gemeinsam habe. Wir alle wollen (über)leben. Der geflüchtete Mensch kann im eigenen Land nicht (über)leben. Der bettelnde Mensch kann im etablierten System nicht (über)leben. Ich kann hier (über)leben. Ich zahle den Preis der Vereinsamung und des Egoismus dafür. Da sind dann aber auch noch jene Menschen, die diesen Preis nicht zahlen können oder wollen. Sie schwimmen im System gegen den Strom oder gar nicht.

Wir alle wachsen in einem Umfeld auf und werden in die Welt entlassen. Dieses Umfeld prägt die Ausgangsposition bei der Ankunft in dieser Welt



entscheidend mit. Trotzdem sollen ja alle die gleichen Chancen haben. Vom Tellerwäscher* zum Millionär* lautet die Devise. Das geht mir leicht von den Lippen, wenn ich mit einer blitzblanken Abwasch in einem Hotel starte. Schwieriger wird es, wenn ich erst weit reisen muss, um mir anschließend erst mühsam eine Spüle zu zimmern, damit ich diesen Traum auch leben kann. Dabei schlägt mir dann noch Missgunst und Angst entgegen. Angst, dass ich ein Stück von diesem Traum für mich vereinnahme; diesem Traum, der nur für das Ich bestimmt ist.

Willkommen in einer Welt, in welcher Solidarität primär sich selbst gilt.

Willkommen in einer Welt, in der ich der/die Einzige an meiner goldenen Abwasch bin.

Willkommen in einer Welt, in der Besitz vor allem steht; in der wir nur an jenem gemessen werden.

Willkommen in einer Welt, in der Angst und Gier regieren.

Cogito ergo sum. Oder vielleicht bin ich auch, was ich denke. Ich halte es schlicht für einen Denkfehler anzunehmen, dass Besitz allein glücklich macht. Habe ich Besitz muss ich Angst darum haben, habe ich keinen Besitz, muss ich Angst haben nichts zu besitzen. Kehren wir zurück zum Gemeinsamen, zurück zur gemeinsamen Unterstützung, von mir aus auch zum gemeinsamen Besitz. Dann sind wir per Definition bei der Solidarität. Einer echten Solidarität, ganz ohne falsche Versprechungen und Ängste, unsere Werteprüfungen nicht zu bestehen. Blicken wir über den Rand des selbst polierten Tellers hinaus. Schauen wir hin und nicht weg. Verlust ist nichts anderes als Veränderung.

bleibe, 2018

FOTOARBEIT
Alexandra Gschiel



Foto: Markus Wilfling



niemand redet davon.

TEXT

Dominik Leitner

Sie reden schon wieder von Arbeitszeitflexibilisierung, von der Kürzung der Mindestsicherung und vom Absandeln der Wirtschaft. Wann haben sie eigentlich das letzte Mal von Menschen gesprochen?

Niemand redet davon, dass mir die Arbeit rund um die Uhr folgt und nicht von meiner Seite weichen will. Das Handy immer in der Hosentasche, stets im Vibrationsmodus, um eine Mail oder eine Nachricht auch spät nachts noch beantworten zu können. Damit der Chef auch ja sieht, dass ich für das Projekt lebe. Dass ich das Projekt bin, dass nichts mehr zwischen mich und dieses verdammte Projekt passen wird. Damit der Chef nicht auf die Idee kommt, sich umzusehen und mich auszutauschen, um irgendwann jemand anderem spät nachts noch Mails zu schicken.

Niemand redet davon, dass das meine, deine, dass all das unsere Realität ist.

Stattdessen reden sie von den Menschen, die die Mindestsicherung missbrauchen. Reden davon, diese zu kürzen, obwohl ihr Name doch deutlich macht, was ihre Grundaufgabe ist. Sie reden davon, dieses soziale Auffangnetz, das das Mindeste sichern soll und selbst das nicht immer schafft, zu kürzen. Weil die Ausgaben zu groß werden, sagen

sie. Als eine Explosion des Sozialstaats beschreiben sie es, weil Kriegsmetaphern immer gut ankommen. Noch besser kommt es an, wenn sie erklären, dass die Kürzung vor allem Ausländer treffen wird. So sind wir nun einmal, wir Österreicher. Selbst wenn wir wenig haben, macht es uns froh, wenn der andere noch weniger hat.

Niemand redet davon, dass wir um uns herum so viele Menschen ausbrennen sehen. Dass immer mehr nur mehr mit Tabletten funktionieren, die ihnen das Funktionieren erleichtern sollen. Niemand redet davon, dass kaum jemand darüber reden will, dass man nicht mehr funktionieren kann. Weil es doch das ist, wofür man bestimmt ist. Man ist bestimmt, in diesem System zu funktionieren, seinen Weg zu gehen, hinzufallen und jedes verdammte Mal auch wieder aufzustehen, selbst wenn man in Wahrheit auf ewig liegen bleiben möchte.

Niemand redet davon, dass Menschen zugrunde gerichtet werden. In einem System, das in dieser Form zum Scheitern verurteilt ist, aber an das sich die Entscheidungsträger klammern. Weil Wachstum der neue Gott ist und es den Menschen doch erst gut geht, wenn es der Wirtschaft gut geht.

Stattdessen reden sie vom 12-Stunden-Tag. Weil die Arbeitnehmer doch gelernt haben, flexibel zu sein und nun endlich auch der Arbeitstag folgen soll. Doch die Flexibilität war kein Wunsch, es war ein Zwang, weil die Angst vor einem Verlust der Arbeit die Menschen dazu gebracht hat. Deshalb arbeiten wir bis spät in die Nacht hinein und auch das wohlverdiente Wochenende muss plötzlich für die Arbeit gepachtet werden. Sie reden von



der Arbeitszeitflexibilisierung, weil sie den Menschen bereits derart verbogen haben. Projekte sollen zum Lebensinhalt werden, die Arbeit schon vor dem Frühstück beginnen. Denn es muss produziert werden, wir alle müssen produzieren, immer und immer mehr produzieren, weil nur das zählt.

Niemand redet davon, dass wir alle heute so furchtbar austauschbar geworden sind. Dass wir uns aus Angst keinen Betriebsrat mehr zu gründen trauen, weil es Unternehmer gibt, die lieber ihr ganzes Unternehmen zusperren würden, als ihren eigenen Angestellten dieses hart erkämpfte Recht zuzugestehen.

Niemand redet von dieser ständigen Angst. Von der Angst, nach jahrelang gut erledigter Arbeit plötzlich nicht mehr wertvoll für das Unternehmen zu sein. Niemand redet von dieser Angst, die einen begleitet, gemeinsam mit der zu verrichtenden Arbeit, gemeinsam mit den Sorgen des Lebens. Diese Angst, plötzlich vor dem Nichts zu stehen und dieser Angst, aus irgendeinem Grund durch das soziale Netz zu fallen, dessen Abbau von manchen Politikern der große Wunsch zu sein scheint.

Niemand redet davon, dass es hunderttausende Menschen in Österreich gibt, die es nicht schaffen, vom Lohn ihres 40-Stunden-Jobs zu leben. Die trotz der sie mitunter zugrunde richtenden Arbeit als arm gelten. Die, die sich dem System hingeben, die tagein, tagaus ihre Kraft unter Beweis stellen müssen und am Ende des Monats viel zu wenig Geld am Konto wiederfinden. Niemand redet davon, dass so viele Menschen trotz ihrer Arbeit verarmen – oder deswegen.

Stattdessen gibt es Interessensvertretungen, die sich dafür feiern, einen höheren Mindestlohn verhindert zu haben. Gerade die sind es, die immer betonen, dass sich die Arbeit doch lohnen sollte und aus diesem Grund die Mindestsicherung kürzen wollen. Die, die nicht verstehen, dass nicht die Mindestsicherung zu hoch, sondern die Löhne für hunderttausende Menschen viel zu niedrig sind. Dass sich hier gar nichts mehr lohnt. Sie sind es, die Menschen nur mehr als variable Kosten ansehen und ihre Augen

vor dem von ihnen selbst mitverursachten Leid verschließen.

Niemand redet davon, dass Firmen noch mehr Profit machen, weil sie im letzten Geschäftsjahr tausende Menschen entlassen haben. Weil anderswo billiger produziert wird und manches Mal auch eine Maschine ihre Arbeit verrichten kann. Viel lieber sind ihnen die Roboter, fehlt ihnen doch der Wunsch nach Lohnerhöhung, der Wunsch nach Urlaubsanspruch oder der Wunsch nach Selbstverwirklichung. Sie sind es, die produzieren können, ohne zu scheitern. Sie sind es, die funktionieren können, wenn sie regelmäßig gewartet werden. Menschen kann man nicht warten, die kann man nur verbrauchen, man kann sie benutzen und sie irgendwann ausbrennen sehen.

Niemand redet davon, dass auch wir „too big to fail“ sind. Jeder Einzelne von uns. Wir dürfen kein Kollateralschaden sein, auf dem Weg zu einer besseren Wirtschaft, zu mehr Wachstum und mehr Profit. Niemand redet davon, dass wir nicht auf der Strecke bleiben dürfen, weil sonst in der Zukunft alles auf der Strecke bleiben wird. Dass unsere Rettung nichts Egoistisches ist, sondern das Fundament einer funktionierenden Zukunft.

Aber irgendjemand muss doch etwas sagen.

Irgendjemand muss doch endlich seine Stimme erheben.

Wenn es schon nicht jene sind, die uns vertreten sollen.

Reden wir darüber, dass der Mensch immer, immer, immer wichtiger als der Profit sein muss. Dass wir nicht nur anonyme Nummern sind, sondern dass jeder von uns sein ganz eigenes Schicksal mit sich herumträgt. Dass wir nicht funktionieren müssen, sondern uns freiwillig dafür entscheiden wollen, wofür wir funktionieren.

Reden wir darüber, dass ohne uns ganz einfach nichts mehr funktionieren würde, wenn wir plötzlich



alle beginnen würden nicht mehr zu funktionieren. Dass diese Profitgier, der Wachstumswahn und die Entmenschlichung zu einem Stillstand kommen würde, würden wir selbst es uns erlauben, für einige Zeit still zu stehen.

Reden wir darüber, dass wir in einer ungerechten Welt leben. Dass manche viel zu viel besitzen und sich nicht bewusst sind, dass ihr Reichtum nur auf unser Funktionieren aufbaut. Dass manche, die uns vertreten sollen, in Wahrheit nur diese Wenigen schützen. Die Wenigen, die kaum etwas beitragen zu unserem Zusammenleben, sondern lieber ihr Geld steuersparend außerhalb des Landes bunkern. Und reden wir von denen, die rein durch ihr Erbe zu großem Wohlstand kommen, ohne je etwas dafür geleistet zu haben. Sie werden beschützt von jenen, die sich dem Leistungsprinzip verschrieben haben. Das passiert bereits seit Jahren und niemand spricht diesen Irrsinn laut genug an.

Lassen wir es nicht mehr zu, dass sie uns regelrecht Feindbilder in unsere Köpfe einpflanzen. Dass wir uns gegenseitig bekämpfen sollen anstelle des Systems. Wir haben es nicht nötig, Menschengruppen zu diffamieren und ihnen die Schuld für alles zu geben. Vor allem mit unserer Geschichte nicht, die wir leider viel zu oft schon wieder vergessen haben.

Lassen wir uns nicht von Demagogen belügen, die auf komplexe Fragen ihre einfachen und falschen Lösungen liefern. Lassen wir es nicht zu, dass sie wie Rattenfänger die Systemverlierer einfangen. Hinterfragen wir ihre Beweggründe und hinterfragen wir ihren Hass.

Hören wir doch endlich damit auf, immer nur nichts zu sagen.



für ein menschen- würdiges leben

TEXT
Lukas Georg Hartleb

in jeder hinsicht

Liberté, Egalité, Fraternité – das ist der berühmte Dreisatz der demokratischen Prinzipien, den wir von der Französischen Revolution geerbt und als Basis des politischen Zusammenlebens in Gestalt des Grundrechtekatalogs in unserer Verfassung festgeschrieben haben. Das damalige Bürgertum hatte

gegen die Privilegien der höchsten Klasse, des Adels, aufbegehrt, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (heute Solidarität) eingefordert und uns durch seinen Sieg die liberale Demokratie realisiert. Historisch betrachtet war zum ersten Mal in der Geschichte eine politische Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens erreicht, die scheinbar ein menschenwürdiges Dasein für jede*n ermöglicht. Beschert hat uns diese früher so radikal fortschritt-





liche bürgerliche Gesellschaftsschicht jedoch auch ein Wirtschaftssystem, das sie selbst als neue privilegierte Klasse etablierte und die Realisierung ihrer demokratischen Prinzipien systematisch und dauerhaft verunmöglichte. Dieses System, dessen Grundlagen hier aufgebaut wurden, ist gemeinhin als Kapitalismus bekannt und fußt darauf, dass wir uns gegenseitig ausbeuten und ausgrenzen. Eine Vielzahl von Menschen schuftet sich ein Leben lang bis zur Erschöpfung ab, damit eine kleine Elite den Mehrwert einheimen kann.

Einer wirklich solidarischen Gesellschaft selbstbestimmter Individuen steht aber heute nicht mehr nur diese zerstörerische Wirtschaftsweise entgegen, sondern eine sukzessive Entmenschlichung und Entdemokratisierung. Dabei haben es recht(sextrem)e Parteien und Bewegungen mit sozialdemokratischen und konservativen Steigbügelhalter*innen geschafft, ihre Ideologie eines homogenen Volkes, das keine Unterschiede – sei es betreffend Hautfarbe, Geschlecht oder Sexualität – zulässt und (wieder) auf dem Konzept autoritärer Führung basiert, in den politischen Systemen und damit in den Köpfen der Menschen zu verankern. Und sie hören nicht auf, sondern gehen den nächsten Schritt in Richtung Verrohung der Menschheit. Diese Rechte hat das Ziel, die absolute Verneinung der Menschlichkeit zur Normalität zu machen, sodass Menschen einander nicht „nur“ ablehnen oder verachten, sondern den Tod der „anderen“, etwa vor den eigenen Grenzen, akzeptieren und zum Teil sogar gutheißen. Wenn in den relevanten Medien, und hier handelt es sich nicht nur um den Boulevard, ernsthaft die Frage gestellt wird, ob man ertrinkende Menschen retten soll, dann ist es nicht mehr weit bis in die Barbarei. Rechte Ideologien bereiten den Weg in den Faschismus, ihre Gefahr liegt noch eine Ebene tiefer: Sie sind das nötige Schmiermittel für die Zerstörung menschlichen Zusammenhalts. Nationalismus und andere Ausgrenzungsmechanismen sorgen dafür, dass Menschen aufgrund bestimmter Merkmale benachteiligt bzw. sogar erniedrigt und ermordet werden. Sie garantieren aber ebenso, dass wir uns in einer Zeit, in der Löhne immer seltener zum

Überleben reichen, die faktische Arbeitszeit stetig steigt und die Angst vor dem Abstieg, wie auch der tatsächliche Abstieg in die Armut, allgegenwärtig sind, gegenseitig den Ellbogen in den Magen rammen. Recht(sextrem)e Weltbilder und Erklärungsmuster dienen als Motor dieser Entwicklung und Nebelgranaten gleichermaßen.

Alles nur, damit niemand auf die Idee kommt, dass das Problem nicht Migration ist und Gesellschaft auch so organisiert werden kann, dass jene Güter und Ressourcen, die die menschlichen Bedürfnisse abdecken, gemeinschaftlich und solidarisch zur Sicherstellung des Wohlbefindens jedes einzelnen Menschen hergestellt werden können.

Die Antwort auf eine immer weiter geöffnete Schere zwischen Arm und Reich und auf einen immer größeren Hass gegenüber dem „Anderen“ kann nur sein: Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Diese Haltung ist schlicht eines: notwendig. Rosa Luxemburg hat nicht umsonst postuliert: Sozialismus oder Barbarei. Der Mensch hat schließlich das Potenzial, sich über sich selbst zu erheben. Heute, in Zeiten großer Bedrohung von Rechts, bedeutet es, dass wir Demokratie und ihre Grundwerte immer wieder mit Leben füllen, verteidigen müssen, aber sie endlich auch radikal denken als das, wofür sie grundlegend steht: für ein menschenwürdiges Leben in jeder Hinsicht. Solidarität beweisen heißt deshalb auch solidarisch sein in jedem Lebensbereich, sei es am Arbeitsplatz, in der Schule oder auf der Uni. Verantwortung dafür zu übernehmen, dass es mir als Einzelnem*Einzelter gut geht, heißt letztlich Verantwortung dafür zu übernehmen, dass es allen gut geht. Deshalb: Seien wir solidarisch jeden einzelnen Tag, an jedem Ort. Als Individuen, aber vor allem so, wie es der Begriff Solidarität tatsächlich meint: Zusammen. Organisieren wir uns!



solli

TEXT

Ralf B. Korte

„... georges werk ist gegen das vergessen immunisiert wie vielleicht kein anderes .. das hat zu tun mit jener frühlingnacht vor 63 jahren, als nach einem verheerenden bomben angriff in wannsee ein OTL namens *claus graf schenk von stauffenberg* auf den balkon trat, die brände betrachtete & verse aus *stefan georges* gedicht *Der Widerchrist* zitierte ..“ [frank schirmmacher : faz, 03.08.07]

S *oli* is doch mehrzahl von solo oder? nein nein nur abbrev. für *solidarität* wie, sing vogel aufm kirchen dach brennt noch ne lampe .. als du 1980 das wort *SOLIDARITÄT* zum ersten mal hörtest wars der name der sog. *unabhängigen* gewerkschafts bewegung auf der lenin-werft gdansk & bei lenin denkst ans alte zitat von wladimir-iljitsch was *KOMMUNISMUS* sei : *sowjetmacht plus elektrifizierung des ganzen landes* .. denk dir das im *sogenannten* wettbewerb der systeme weiter, kommt vielleicht *brotpreis is katholizismus plus charismatischer elektriker* i. e. LECH WAŁESA bei raus oder, system-theoretischer gedacht : kapitalismus = konkurrenz minus solidarität oder so [um *cool* im sprachlos gebrauch zu bleiben immer phrasen wie *oder so* dranhängen, zum zeilen strecken oder *so was wie irgend wie* tastende bewegung vortäuschen als wärest noch nachdenklich – beides wirkt sich *DIREKT & indirekt* aufs einkommen aus, bei der VG WORT z. b. oder beim *ey der is aber n süsser*] ..

.. also, *irgend wie* infolge von *SOLIDARNOŚĆ* durftest so ab 1991 dann *solidaritäs zuschlag* zahlen was *so was wie* forderung war *irgendwo irgendwen anderes* drauf hauen zu lassen : weil dein schland gerade auf *1HEIT* umrüsten wollte oder bisschen den golfkrieg ko-finanzierte [dabei nicht an *golfspiele* denken : *njet*, wir waren noch nicht im *FAKE-MODE* der restgeschichte; & auch nicht k. o.-finanziert, nur so um die 20%], wurde dieser *ZU-SCHLAG* erhoben & zur *ankurbelung der wirtschaft* später nur kurzfristig *1gestellt* [stellst dir bei *ankurbeln* noch immer offene kisten mit kurbel vorne dran vor, buster keaton oder charlie chaplin in s/w die dran zu drehen versuchen & *slap sticks* die daraus folgten wenns nicht funktionierte] .. also *solidar pakt I solidar pakt II* mit entsprechenden körben zur unmittelbaren fehlverwendung [du bist amtlich gemeldeter *1wohner* des landes *berlin* das laut prüfgut achten *alle* mittel aus *KORB I* des *SOLIDAR-PAKTES II* *fehl* verwendete was ggfs. die beste der möglichen lösungen gewesen sein könnte – oder muss da nochn *TUN-wort* dazu um in *G ± St* i. e. vor ort sprach-gewalt-(ver)-lustig zu wirken?], aber ehe du nun vom korb zu den körbchen driftest [schwein kram im sinn bei dieser hitze : jedoch über *notschlacht* statt völkerball oder völkerschlacht nachstellung nahe leipzig hier keine weiteren witze auch wenns gleich oder *so wie so* um paar mille tote gehen wird] : an der *quelle der SOLIDARITÄT*® sprudelt uns *die erinnerte & erzählte geschichte vom erbarmen GOTTES* [& letzterer scheint *so was wie* leitender angestellter dieser z. B. christl. kirchen zu sein – konntest das jedoch in der kürze der unbezahlten recherche nicht genauer bestimmen] .. da deutet *1er* auf *irgend wie* unsichere quellen lagen die





nur sprudeln um inhärente mängel zu über decken, nein spülen .. indessen, selbst franzi*ska i. e. päpstin der jesuiten vermutete ab nutzung^[s] erscheinungen am begriffs himmel der solidaritäten ..

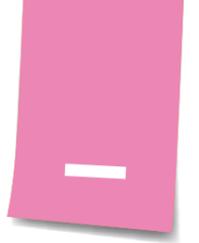
.. aus der ferne erinnerst wg. DON'T CRY 4 ME ARGENTINA [1977 schon no.1 hit in GB, ireland, australia & the netherlands .. nicht zu spät dann der passende dance re:mix von MADONNA, 1996] die spätere b-seite zu schmutzige kriege & zu tode schwadroniert en masse also wie von da weiter, erinnerst dunkel FALKLAND als späteren status quo ante bellum [„the big guns finally fell silent & out of the gloom came an order that would have been familiar to the tommies in 1916 : „fix bayonets lads!“ .. here we go i said to my self .. then came an even more awful instruction : „no prisoners lads!“ .. it was bizarre — here we were laughing our heads off right in the middle of all this death & destruction .. we must have looked like mad men but what else could we do ? soon it was all over .. we had taken WIRELESS RIDGE“] & das wort mütter clickt dich weiter auf die madres de plaza de mayo & die spurlos verschwundenen kinder vor 1982, bitten & beten .. = dir zu weit entfernt von deiner therme der SOLIDARITÄT : die militär diktaturen in buenos aires, der maifeierplatz mit der kathedrale in der 1e orgel von e. f. walcker & co gute luft durch die pfeifen bläst, walcker hat auch die in der paulskirche frankfurt a. m. gebaut [1833 op. 9 mit jalousie-schweller; 1848 dann schland schland 1ig fatherland flattern die fehlfarben schwarz-rot-golf, mais non : gold .. austria will erst nbissken später, als east mark dazu - dees is jetzt eeh a and're g'schicht] .. also was nun mit den solidari täten statt taten, 1 blosses konjunkt ? franzi*sca DON'T CRY 4 US ruft auf, den SOLI® zu leben : GEBET dem armen was ihm zu steht : all so re:tour vors hüten & mehren privaten besitzes als ält're, gemein wohl verpflichtende wirklichkeit ..

.. seit du neulich 'nem führenden ANTI-DT.-LANDLER zu hören durftest wie er nach in allen europ.=jüd.+christl. ländern verfügbaren vornamens varianten als gültigem dog-tag für eigene nachwuchs erwartung suchte & dazu den münchhausen gab vor zahlreich gebärbefähigten ladies am neuköllner kuchentisch an oder indem oder so wie er de-klarierte\klamiierte dass jene märchen in denen der phänotyp reich+alt+onkel DAS BÖSE verkörpere als anti-semitisch® zu gelten hätten : fällt dir zu zu-ständigkeiten erneut jenes suum cuique ein das dt. FELDJÄGER am barett als abzeichen tragen bis heute, it's just a semantic memory des schwarz-adler-ordens & hat nüscht mit dem JEDEM DAS SEINE ZU [tun-wort =] tun, der grotesken tor1 fahrts nummer : ach preussen mein preussisch schwarz-blau = dann die hasel nuss oder wars doch die andere color combi nation [spät-lat.] im lied gut buch der sold daten dann aber s schatzerl hat kein heirats gut s SCHATZERL HAT KEIN GELD, KEIN GELD .. DOCH ICH GEB ES NICHT HERAUS, FÜR ALLES IN DER WELT .. frisch auf kameraden, singt! aber so nur bis 2017 weil zu jener zeit begab es sich dass, im führungsstab der streitkräfte der bundeswehr irgend wie irgend wann irgend wo auf gefallen ist dass da irgend was is von wegen überhöhung ns oder so, also alles nochmal EVALUIEREN d. h., „unter einbindung des zentrums für innere führung & des zentrums für militär geschichte & sozial wissenschaften der bundeswehr erneut kritisch & auch sensibel betrachten“ [sic!] .. so long my dear COMRADE SCHNÜRSCHUH oder ТОВАРИЩ : heben wir 1en auf die SOLI DARI TAT oder so, spät oder zu spät aber was sollstn sonst mochn : machst halt a product placement .. ils viennent jusque dans vos bras \ égorger vos fils vos compagnes ! aux armes citoyens, formez vos bataillons .. wider stand = mach-bar ±person* nach-BAR .. À VOTRE SANTÉ !



[www.stauffenberg-gin.de]





bitte zurückbleiben!

TEXT
Gerald Kuhn

Effiziente Anti-Solidarität im Öffentlichen Verkehr

Technologische Verbesserungen (?) sollten Erleichterungen bringen und zu keinen zusätzlichen Erschwernissen führen. Sollten! Beispiele gefällig?!

Bankomat

Fall A: Amsterdam. Es gibt eine Neuerung. In den Straßenbahnen und Bussen der Amsterdamer Linien kann nur mehr mit Bankomatkarte bezahlt werden. Ja, und? könnte man fragen. Aber was ist, wenn einem die Karte gestohlen wurde, was macht eine BettlerIn, die gerade mühevoll das Geld erarbeitet hat und es gibt immerhin noch einige alte Menschen, die keine Bankomatkarte besitzen oder sich mit dieser sehr schwer tun. Ratloses Achselzucken. Immerhin kann mensch noch am Amsterdamer Bahnhof beim Automaten mit Münzen zahlen. Wenn mensch sich halt gerade am Bahnhof befindet.

Kein Zahlen möglich

Fall W: Wien. Nachtbus. Einstieg. Türen zu! Der Bus fährt los. Nein, im Wagen können keine Tickets mehr gekauft werden! Sie können ja in der Trafik oder beim Vorverkaufsautomaten in der U-Bahn-Station eins lösen. Wochentags um 1:30 Uhr in der Nacht? Dann hätten Sie vor dem Antritt der Reise den Kauf einplanen müssen. Wenn ich aber nicht vorhatte, mit dem

Nachtbus zu fahren, darauf jedoch angewiesen bin, da der Zug der ÖBB Verspätung hatte? Pech! Dann gäbe es noch die App! Wenn mensch kein Internet am Telefon hat? Waaas, solche Menschen gibt es?

Durch diese technischen Neuerungen wird also ordentlich und in bester Manier „solidarisch“ ausgegrenzt. Der öffentliche Verkehr müsste (!) einen extrem einfachen, unkomplizierten Zugang für tatsächlich alle Menschen bieten, in moderner UND altmodischer Weise. Das lässt jedoch das von Effizienz geprägte kapitalistische Denken der VorständInnen nicht zu. Zusatzkosten, so die offizielle Begründung.

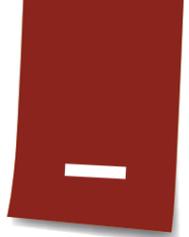
Ausgrenzung

Mit derartigen Maßnahmen befinden sich öffentliche Verkehrsmittel jedoch voll auf Schiene der Erschwerung. Ältere Menschen, Obdachlose, Menschen, die sich der modernen Technik plus Überwachung entziehen wollen, Nicht-Ortskundige, vom Regen überraschte RadfahrerInnen, betrunkene Nicht-AutolenkerInnen werden vom öffentlichen Verkehr solidarisch geschnitten oder zum Fahren ohne Ticket „gezwungen“. Das stößt sauer auf. Mann & Frau bedankt sich artig bei den Verkehrsbetrieben. Zurückbleiben, bitte!

Gratis Öffis

Die Mechanisierung macht auch vor Graz nicht halt. Die (teuren) Tickets müssen in der Straßenbahn längst am Automaten gelöst werden und nicht alle kommen damit zurecht.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der öffentliche Verkehr unentgeltlich und zu 100% über Steuern und Abgaben finanziert werden sollte! Die Beispiele zeigen, dass es dringend notwendig ist. ▬



weniger networking, mehr solidarität

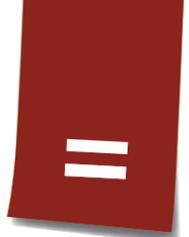
Statement der IG Kultur Steiermark

Die aktuelle österreichische Regierungspolitik ruft Ängste und Verunsicherungen hervor. Budgetkürzungen, Flüchtende, die nicht zu ihrem Recht auf Schutz kommen, Attacken auf Frauen, weil sie feministisch sind, ein Kopftuch tragen oder sich gegen sexuelle Übergriffe wehren, massive Einschnitte in die Arbeitsrechte und vieles mehr prägt die derzeitige Lebensrealität und verlangt Lösungen. Die neuen Maßnahmen und Diskurse der Regierung wecken aber auch in der Kulturszene Ängste, vor allem bei jenen, die nicht der politischen schwarz/blau/türkisen Ideologie folgen. Ende des Jahres 2017 wurde die neue Regierungspolitik bereits deutlich spürbar: die finanzielle Förderung von mehreren etablierten feministischen Vereinen wurde seitens des Frauenministeriums komplett gestrichen oder gekürzt. Dass Budgetkürzungen im Kultursektor existenzbedrohend sind, sowohl für Initiativen als auch für Individuen, wird in Zukunft wohl noch häufiger für Empörung sorgen, wenn sich die politische Leitlinie weiter auf öffentliche Subventionen auswirkt.

Es wird ein Klima geschaffen, in dem sich alle zunehmend als Teilnehmer*innen eines Wettbewerbs betrachten (sollen), die dann den „Preis“ – also Fördergelder – gewinnen, wenn sie den Förderstellen das „beste“

Projektvorhaben präsentieren. Dem ist jedoch nicht so. Es werden nicht die Besten, also jene unterstützt, die wichtige und wertvolle Arbeit leisten, vielmehr kommt der Matthäus-Effekt zum Tragen: Jene, die viel haben, können aufgrund der besseren Ausgangssituation (genügend Ressourcen, Personal, Infrastruktur) mehr leisten und bekommen mehr, jene, die weniger Mittel zur Verfügung haben, können weniger Output liefern und müssen sich in Zukunft mit noch weniger begnügen. Die Lösung scheint laut (Kultur)Politik denkbar einfach. Wer aus dem Subventionstopf nichts bekommt, soll sich um Netzwerke und Kollaborationen bemühen. Ist dies wirklich eine angemessene Lösung für die vorherrschende Problematik? Können wir diesen Lösungsansatz wirklich annehmen? Kann uns das aus der Misere helfen oder hilft es nur den (Kultur)Politiker*innen dabei, radikal individualistische und leistungsorientierte Politik zu implementieren? Und was ist eigentlich mit dem altmodischen Konzept von Solidarität, das in der Vergangenheit unterdrückten und marginalisierten Gruppen geholfen hat, im System zu überleben?

Mit der Zunahme an „Calls“, die Kollaborationen notwendig machen bzw. fordern, und der Herausbildung von verschiedenen (Arbeits-)Plattformen wird Solidarität immer häufiger mit „Networking“ verwechselt. Netzwerken, vernetzen oder networking entstand historisch gesehen im Untergrund als eine Überlebensstrategie und wurde von der neoliberalen Kulturpolitik vereinnahmt, um im Zusammenspiel mit Arbeitsgruppen eine lokale Kulturindustrie aufzubauen. Während Solidarität für die Netzwerke des Untergrunds als Grundprinzip des Arbeitens entscheidend war, ist das neoliberale Vernetzen leistungs- und



zielorientiert. Was zählt, ist die Kulturproduktion, der „Output“ in Form von Veranstaltungen, Dingen und Symbolen, egal wie diese zustande kommen. Daher überrascht es auch nicht, dass Kulturarbeiter*innen mit Arbeit eingedeckt sind und die Kulturproduktion rapide steigt.

Neoliberale Kollaboration/Zusammenarbeit wird als win-win-Situation dargestellt, von der alle profitieren. Jene, die nicht an dieser Art der Kulturproduktion teilhaben können oder sich ihr verweigern sind dazu verurteilt, Projekte unter prekärsten Umständen durchzuführen oder diese aufzugeben. Die neoliberale Ausprägung von Kulturarbeit lässt keinen Platz für Solidarität, weil diese es verlangen würde, sich auf Kosten der eigenen Produktionsleistung um andere zu kümmern. Es würde bedeuten, sich auch dann umeinander zu kümmern, wenn es innerhalb der neoliberalen Logik nicht gewinnbringend für einen selber ist, weil der Gewinn in diesem Fall keine Leistung bzw. Produktion ist, sondern eine Beziehung, die Qualität der Beziehung zwischen

Menschen, die an einem Netzwerk beteiligt sind. Solidarität meint auch die Anerkennung von anderen als gleichwertig, auch wenn sie nicht in gleichem Maße „Output“ abliefern können oder wollen.

Die IG Kultur Steiermark, als eine Organisation, die Kunst- und Kulturarbeiter*innen repräsentiert, strebt die Formierung eines solidarischen Bündnisses an, das Bewusstsein für die aktuelle Situation aller Kulturarbeiter*innen schafft. Es ist wichtig, die eigene Lage in der Kulturszene zu reflektieren, dabei nicht zu vergessen, wo deren Wurzeln liegen und auf welcher Seite man sich positionieren will. —



Die IG Kultur Steiermark ist die Interessenvertretung und Anlaufstelle für Kunst- und Kulturinitiativen in der Steiermark. Nähere Informationen über ein solidarische Miteinander in diesem Rahmen auf: <http://igkultursteiermark.at>

chemnitz, august 2018

TEXT
Ulrich Stolte

Dies ist nicht mehr mein Land
in dem ein Mord kein Mord ist
sondern ein Auftakt

Dies ist nicht mehr mein Land
in dem eine vergewaltigte Zwölfjährige
Wasser ist auf Mühlen

Weißer Asche düngt
Die Felder aus Hass
Für den allfältig wachsenden Tod





kunst statt kommerz!

SOLIDARITÄTSSTATEMENT des *ausreißer* zum FORUM STADTPARK

Die Redaktion des *ausreißer* schließt sich als langjährige Nutzer*innen, Besucher*innen und Kooperationspartner*innen des FORUM STADTPARK dessen aktuellem Statement (1) vollinhaltlich an. Das Forum zählt zu den virulentesten und gleichzeitig offensten Orten künstlerischer Produktion und öffentlicher Kommunikation. Ein Gastronomiebetrieb wie von FPÖ-Vizebürgermeister Eustacchio propagiert und nun auch von ÖVP-Kulturstadtrat Riegler unterstützt, steht diesem Konzept diametral entgegen, kommerzielle Raumnutzung bedeutet nicht Zugänglichkeit, sondern Ausschluss.

Was die Einrichtung von Kaffeehäusern in Graz betrifft, gäbe es allerdings tatsächlich zahlreiche Standorte, die dafür bestens geeignet wären und der Stadt einen deutlichen Mehrwert einbrächten. So hätten sich etwa die repräsentativen Räumlichkeiten direkt im Rathaus an der Ecke Hauptplatz/Herrengasse angeboten, in denen aber stattdessen seit einiger Zeit ein Red-Bull-Shop residiert. Weiters steht die Orangerie im Burggarten den Großteil des Jahres wirklich leer und ist auch nicht öffentlich zugänglich – die Lage wäre perfekt für ein Kaffeehaus. Generell wäre die Mietpreisgestaltung sowie die Vergabepolitik von (zum Teil

denkmalgeschützten) Räumlichkeiten zu überdenken, denn wenn sich in der Innenstadt nahezu ausschließlich Konzernketten Raummieten leisten können, darf das Fehlen von Kaffeehäusern nicht verwundern.

Im Stadtpark selbst ist übrigens reichlich Gastronomie vorhanden – das Parkhouse direkt neben dem FORUM STADTPARK ebenso wie das Café Promenade einige Meter weiter, zudem liegen Sporgasse und Glacis mit ihrer dichten gastronomischen Infrastruktur in unmittelbarer Nähe.

Das FORUM STADTPARK ist ein einzigartiger Ort der Kunstproduktion und -präsentation und steht gleichzeitig für einen offenen, pluralen gesellschaftlichen Diskurs, wie er gerade in Zeiten wie diesen demokratiepolitisch unverzichtbar für Graz ist. Diese Einzigartigkeit und den damit verbundenen Wert für alle (!) Stadtbewohner*innen ebenso wie für Besucher*innen sollten sich die Verantwortlichen vergegenwärtigen und statt billiger, austauschbarer Kommerzialisierung auf die Stärkung des FORUM STADTPARK und seiner Wirkungsmöglichkeiten setzen. Nur dann agieren sie tatsächlich im Interesse der Stadt und ihrer Bewohner*innen. —

(1) Siehe u.a. <https://www.facebook.com/ForumStadtpark/posts/10155486987676761>

frauenland retten. heißt demokratie retten.

TEXT
Katrin Köppert

Ende 2017 wurde drei Frauenberatungsstellen in Oberösterreich kurzfristig mitgeteilt, dass die jährliche Förderung durch das Frauenreferat des Landes zu 100% eingestellt wird. Das Beispiel von Oberösterreich ist eines unter vielen seit dem Regierungswechsel in Österreich 2017 und dem gesamteuropäischen Rechtsruck seit spätestens 2015. Als kleines Lehrstück über die schrittweise Zersetzung von Demokratie taugt es jedoch ganz wunderbar.

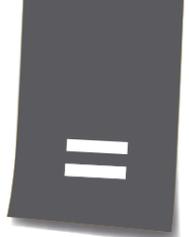
In einem Bundesland, in dem der Riesling fließt, sich die Donau gegen Osten wälzt, und der Mühlviertler die „Bledsuppen süffönt“, griff kurz nachdem die schwarzblaue Koalition in Österreich stand, die ÖVP-Landesrätin Christine Haberlander zusammen mit dem Team des Frauenreferats des Landes Oberösterreich zum Rotstift. Entgegen der angekündigten 10% Kürzung der Basisfinanzierung aller Organisationen wurden ausgewählte Organisationen zu 100% gekürzt – und zwar die, die sich um Migrant*innen, Künstler*innen und wohnungslose Frauen* kümmern. Das heißt, dass die 10% Kürzung des Budgets des Frauenreferats Oberösterreich seitens der Regierung ausschließlich an diese drei Organisationen weitergegeben wurde: maiz, FIFTITU% und Arge SIE.

Als Begründung wurde angeführt, die Tätigkeit der Frauenberatungsstellen gehöre nach den „neuen Förderkriterien“ nicht mehr zum Kerngeschäft des Frauenreferats. Weder die neuen Förderkriterien wurden mitgeteilt, noch kenntlich gemacht, was das Kerngeschäft sei oder wie sich demnach das „Geschäft“ Frauenberatung in Zeiten von Migration, Frauenarmut und „Kulturleistungsgesellschaft“ gestaltet. Das sitzt. Da trübt sich die Sonne ein – auch über den stadtpolitisch so gut vermarktbar Prestigeobjekten der Ars Electronica und dem Lentos Kunstmuseum in Linz, der Landeshauptstadt.

Was ist Demokratie, wenn noch immer Frauen* zur Repräsentation (feministischer Kunst) dienen, nicht aber als (feministische) Künstler*innen in der „Kulturleistungsgesellschaft“ arbeiten oder als Frauen* von Kunst leben können? Auf welchen Prämissen beruht Demokratie, wenn dir als Migrant*in durch die Entscheidung, die Förderung von maiz tangiere nicht mehr das Kerngeschäft von Frauenförderung, implizit dein Frausein abgesprochen wird? Ist es dann überhaupt noch Demokratie, wenn mit der Kürzung der Organisation Arge SIE eine Mauer des Schweigens um das Thema „Frauenarmut“ und die Realität von vielen Frauen* gebaut wird? Als wären mit dem Verschwinden der Organisation die Konsequenzen des Kapitalismus gebannt.

Finanzkrise, die Demarkationslinie für eine Politik von rechts

Die Mittelkürzung kann nicht ohne die längere Geschichte des sukzessiven Einfrierens finanzieller Zuschüsse verstanden werden. Die Finanzkrise 2008/09 lässt sich dabei als der Weichenstellhebel schlechthin



begreifen. Die Organisation maiz ist im Bereich der Unterstützung von Sexarbeiter*innen seit 2009 auf insgesamt 56% gekürzt worden. Das heißt, dass vor der Ankündigung der 100% Kürzung, in diesem Bereich, Ende Februar 2018 eine Halbierung der Subventionierung stattgefunden hatte – eine Zeit, die in die Phase der Regierungsbeteiligung der Grünen/Land und SPÖ/Stadt Linz zurückreicht. Ähnlich verhält es sich bei FIFTITU%. Dort wurde die Beratungsarbeit auf Bundesebene mit der Begründung eingekürzt, sich nur noch auf das Kerngeschäft – den Gewaltschutz – konzentrieren zu wollen. Verantwortlich hierfür: die SPÖ. Die aktuellen Streichungen müssen also im größeren Bild der Rekalibrierung des Neoliberalismus seit der Finanzkrise 2008 gesehen werden. Im Zuge dieser haben sich die Parteien über ihre ideologischen Grenzen hinweg auf die Marginalisierung ohnehin schon marginalisierter Positionen verständigt. Vor diesem Hintergrund ließe sich die Frage neu stellen, ob der Rechtsruck des gesamten Parteienspektrums erst unter dem Druck der Regierungsbeteiligung der FPÖ entstanden ist. Eher scheint in Folge dieser Betrachtung die Vermutung nahezuliegen, der Ruck sei ökonomisch begründet bzw. ginge auf das unter Druck stehende Gefüge globaler Wirtschaftssysteme von 2008/09 zurück. Es ist uns nicht geholfen, die aktuell prekäre Situation ausschließlich auf den Fakt zurückzuführen, dass eine auf Rassismus, neoliberalen Nationalismus und (Hetero-)Sexismus basierende Partei in der Koalition ist. Vielmehr ist die Regierungsverantwortung der FPÖ oder auch die Wahl der AfD in den deutschen Bundestag das Ergebnis eines insgesamt sich nach rechts verlagernden politischen Diskurses, der auf den Finanzcrash reagiert.

Frauenbefreiung, der hartschalige Samen der Frucht Demokratie.

Diese Feststellung allein mildert nicht die Wucht, mit der sich der Diskurs auf der realpolitischen Ebene derzeit niederschlägt. Dabei ist nicht nur die Tatsache der Mittelkürzung interessant, sondern auch das Narrativ, das zur Begründung der Entscheidung etabliert wurde.

Es geht um die Reproduktion und Sicherung

einer normativen Vorstellung von Frau, die mehr als nur geschlechtlich codiert zu verstehen ist, oder anders ausgedrückt, die mittels der Kategorien *race* und *class* aggressiv ins Zentrum weißer bürgerlicher Weiblichkeit zurück überführt wird. Indem Aspekte von Migration und Armut zum Argument werden, weg von der Frauenförderung hin auf die Fachreferate zu verweisen, findet neben der Ausklammerung von Intersektionalität auch eine Degradierung von Rassismus und Klassismus statt (siehe auch Dietze 2017).

Von Antifeminismus über Anti-Genderismus zu Kulturalismus

Neben der realpolitischen Dimension der Mittelkürzung und des sozialpolitischen Paradigmas der Anti-Intersektionalität, die mit der Entscheidung des Frauenreferats einhergehen, verdichtet sich eine dritte Ebene. Diese möchte ich als die Weiterführung der mit Antifeminismus begonnenen und mit Anti-Genderismus fortgesetzten Behauptung des „Pseudo“ begreifen. Der Vorwurf des Pseudo bezieht sich hier auf den Begriff von Kunst und Kultur.

Der Antifeminismus legt dem Feminismus die politische Idee von Gleichheit als „Pseudopolitik“ aus, weil er „eigentlich“ die Abschaffung des Mannes propagiere und somit nicht die Gleichheit der Geschlechter durchsetze. Der Anti-Genderismus wirft den Gender Studies „Pseudowissenschaft“ vor, also die bloße Behauptung, eine Wissenschaft der Geschlechter zu begründen (siehe auch Hark/Villa 2015). Der Kulturalismus, der hinter der Entscheidung des Frauenreferats des Landes Oberösterreich steht, hebt die Kunst und Kulturarbeit, die zum Beispiel die Organisation FIFTITU% fördert, als Pseudo-Kunst hervor. So zumindest lassen sich die in langen und vielen Gesprächen gegenüber maiz und FIFTITU% getroffenen Aussagen durch das Frauenreferat auslegen. Hinter dem geäußerten Anwurf, dass das, was sie als Organisationen beratend unterstützen, keine Kunst sei, steht schlichtweg die Annahme, es gäbe eine richtige Kunst. Spätestens hier schrillen die Alarmglocken: Der Kunstbegriff wurde im Nationalsozialismus als Hebel für die Durchsetzung



von antisemitischer und rassistischer Politik eklatant missbraucht. Ihn jetzt wieder für die Argumentation einer aufs Kerngeschäft fokussierten Frauenförderpolitik ins Felde zu führen, ist ein Skandal. Dahinter steht aber nichts anderes, als der Versuch, Kunst zu essentialisieren und quasi-natürlich nur bestimmten Akteur*innen zuzuweisen. Frauenförderung bzw. die Verhandlung, wer förderungswürdig ist, wird also zum Vehikel von Kulturalismus. Und da Kulturalismus nur eine Variante von Rassismus ist, sollte klar sein, mit was für einer Politik wir es unter dem Deckmantel „Demokratie“ zu tun haben.

Rettet das Frauenland OÖ

Ein Frauenland zu retten, kann in Reaktion auf die Entscheidung des Landes nichts anderes bedeuten, als sich die Definition von Feminismus, Chancengleichheit und Frauenförderung nicht von Rechts aus den Händen nehmen zu lassen. Die Kampagne zur „Rettung des Frauenlandes Oberösterreich“ wehrt sich gegen den Versuch, Frauengruppen entlang der

Differenzen *race* und *class* zu entsolidarisieren. Ganz bewusst setzen sie auf Intersektionalität. Sie verzichten auch auf die Beantragung jämmerlich kleiner Summen, die aus Projektmitteln finanziert werden können. Sie wollen die Hände freihaben, Öffentlichkeit zu schaffen und Protest zu mobilisieren.



Auf der Website <https://frauenlandretten.at/> können Sie sich über die verschiedenen Möglichkeiten der Unterstützung informieren.

Auszug aus „**Frauenland retten. Heißt Demokratie retten**“ von Katrin Köppert für das Gunda Werner Institut in der Heinrich Böll Stiftung

Erstveröffentlichung am 20. Juli 2018

unter: <https://www.gwi-boell.de/de/2018/07/20/frauenland-retten-heisst-demokratie-retten>

IMPRESSUM

Chefredakteurin: Evelyn Schalk

Redaktion: Ulrike Freitag, Gerald Kuhn

AutorInnen: Ines Aftenberger, Alexandra Gschiel, Joachim Hainzl, Lukas Georg Hartleb, Katrin Köppert, Ralf B. Korte, Dominik Leitner, Kai Pohl, Alexander Sailer, Ulrich Stolte, Eva Ursprung, Markus Wilfling

Gestaltung: Guido Satta

Affichierung und Vertrieb: Jakob Seidl, Lukas Hartleb

VERLEGER UND HERAUSGEBER:

ausreißer – Grazer Wandzeitung. Verein zur Förderung von Medienvielfalt und freier Berichterstattung

KONTAKT:

Post: *ausreißer* – Grazer Wandzeitung, c/o Forum Stadtpark, Stadtpark 1, A – 8010 Graz

Telefon: +43 316/827734-26, +43 676/3009363

Email: ausreisser@mur.at

Internet: <http://ausreisser.mur.at>

Newsletter: <http://ausreisser.mur.at/newsletter>

Wandzeitung: *ausreißer* @ausreisserInnen



Der *ausreißer* ist ein offenes Medium, die Zusendung von Beiträgen somit herzlich erwünscht, die Publikationsauswahl liegt bei der Redaktion, es erfolgt keine Retournierung der eingesandten Beiträge.

Die AutorInnen zeichnen für die Inhalte ihrer Beiträge selbst verantwortlich, die darin vertretenen Positionen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wider.

© Die Rechte verbleiben bei den AutorInnen.

Da der *ausreißer* auf Anzeigenschaltung verzichtet um tatsächlich unabhängig publizieren zu können, ist Eure Unterstützung besonders wichtig: IBAN: 1200 0500 9409 4554 BIC: BKAUATWW

STANDORTE:

Kunsthaus Graz, Schlossbergplatz Graz, Geidorfokino, Forum Stadtpark, Passage Palais Trauttmansdorff, Pädagogische Hochschule Hasnerplatz, das andere Theater, Fassade der Kirche St. Andrä, Schaumbad – Freies Atelierhaus Graz, KiG! – Kultur in Graz, Steirischer Dachverband der offenen Jugendarbeit, Jugendtreffpunkt Dietrichskeusch'n, Jugendzentrum Mureck, Theaterzentrum Deutschlandsberg

Der *ausreißer* ist als kostenlose Faltausgabe zum Mitnehmen sowohl an den oben genannten Standorten als auch bei zahlreichen weiteren Kunst-, Kultur-, Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie in Cafés etc. erhältlich!

THEMA DER NÄCHSTEN AUSGABE:

Lohnarbeit

